

Issing, Otmar

Article

Wohin steuert die Europäische Währungsunion?

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Issing, Otmar (2013) : Wohin steuert die Europäische Währungsunion?, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 66, Iss. 13, pp. 12-16

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165291>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

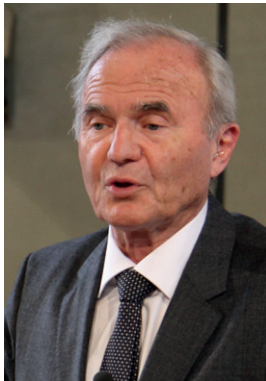
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Otmar Issing*

Wohin steuert die Europäische Währungsunion?

Wenn erst einmal das alte Regime zusammengebrochen ist und ein wichtiges Thema auf der Straße liegt – um die bekannte These Hannah Arendts zu paraphrasieren –, dann ist nicht unbedingt mit einer Revolution, aber doch mit großen Erschütterungen zu rechnen.

Nun ist die Europäische Währungsunion nicht zusammengebrochen, und der Euro erfreut sich dem Anschein nach – nimmt man die interne Preisstabilität und den Wechselkurs zum Kriterium – nach wie vor bester Gesundheit. Die Prognosen zur Zukunft der Währungsunion haben jedoch eine neue Dynamik erfahren. Ungeachtet großer Besorgnisse und Unsicherheit in breiten Bevölkerungskreisen hat die Politik allzu lange die Diskussion in einer Weise geführt, die grundlegende Fragen peinlichst umgangen oder einfach kategorisch ausgeschlossen hat.

Unisono verlautete das Urteil: Die Existenz des Euro steht außer Frage und kein Mitglied wird die Währungsunion verlassen, sei es aus eigenem Antrieb oder gezwungenermaßen wegen der Aufkündigung weiterer Finanzhilfen. Im langen Schatten der Wahl zum Deutschen Bundestag im September dieses Jahres reichen solche apodiktischen Aussagen nicht mehr aus. Die Bürger in Deutschland sind zunehmend besorgt um ihre Zukunft. Sie sehen diese bedroht durch immer neue Garantien, Kredite und schließlich Transfers. Allein schon solche Sorgen werden aber als Verstoß gegen das Gebot der Solidarität diffamiert. Doch nicht nur in Deutschland klingt dieses Motto inzwischen hohl. Wurde das Prinzip der Solidarität nicht schon längst vorher verletzt, als eben die jetzt Hilfe einfordern Länder viele Jahre lang über ihre Verhältnisse gelebt haben und selbst heute noch im Vergleich nicht durchweg als ärmer anzusehen sind?

* Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing ist Präsident des Center for Financial Studies, Goethe-Universität Frankfurt.

Die Bürger wollen wissen, wie diese endlos erscheinende Krise beendet werden und eine Wiederholung dieser Vorgänge in der Zukunft vermieden werden kann. Oder ob es am Ende zu einer Umverteilung der Schulden in Europa kommt, die unseren Wohlstand existenziell bedroht. Schließlich lässt sich auch die Option eines »DEXIT«, also eines Ausscheidens Deutschlands aus der Währungsunion nicht länger einfach tabuisieren. Es gilt vielmehr überzeugend zu begründen, warum ein solcher Schritt weder im deutschen Interesse noch in dem der Gemeinschaft liegt

Ursachen der Krise

Wo stehen wir heute und wohin steuert die Europäische Währungsunion (EWU)? Die Krise der EWU wird meist in Verbindung mit dem Ausbruch der internationalen Finanzmarktkrise vor fünf Jahren gebracht. Diese Assoziation dient nicht selten als eine Art Alibi für die Vermutung unverschuldeter Schwierigkeiten. Die Reihe derer, die der »Spekulation« die Schuld für die Krise der Währungsunion zuweisen, enthält prominente Namen. Dabei war das Menetekel künftiger Probleme schon lange vorher nicht mehr zu übersehen. Gemessen an der Entwicklung der Lohnstückkosten – von bis zu 30% stärkerem Anstieg im Vergleich zu Deutschland seit Einführung des Euro – waren eine ganze Reihe von Ländern in der Wettbewerbsfähigkeit schon vor Ausbruch der Finanzmarktkrise weit zurückgefallen; zudem waren private und/oder öffentliche Schulden stark gestiegen, eine Entwicklung, deren Gefahr zunächst einfach geleugnet bzw. verdrängt wurde. Leistungsbilanzdefizite, Finanzierungsschwierigkeiten im privaten wie staatlichen Bereich und rasch ansteigende Arbeitslosigkeit waren die zwangsläufigen Folgen. Die gerade in einer Währungsunion dringend notwendigen Strukturreformen wurden schlichtweg verweigert.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hatte spätestens mit der einvernehmlichen Konspiration von Deutschland und Frankreich im Jahre 2003, die Vorgaben zu ignorieren und unter der Mitwirkung der italienischen Präsidentschaft eine politische Mehrheit gegen die Anwendung der vorgegebenen Sanktionen zu organisieren, seine Glaubwürdigkeit verloren. Über die Verletzung der Vereinbarung hinaus hinterließ dieses Verhalten auch den Eindruck: Regeln gelten nur für die kleineren Länder, die großen handeln gegebenenfalls nach eigenem Gutdünken. Schließlich musste der ungebremste Immobilienboom vor allem in Irland und Spanien vorhersehbar in einem Desaster enden. Die daraus resultierende Bankenkrise rief den Staat als Retter auf den Plan. Damit gerieten auch diese beiden Länder, wenn auch aus anderen Gründen, in die bereits weit verbreitete Staatsschuldenkrise.

Mit dieser anderen »Troika« von Ursachen war ein explosives Gemisch entstanden, das sich in einer Krise bisher

unbekannter Dimension entladen musste. Die globale Finanzmarktkrise und der anschließende Einbruch des Wachstums verschärften die Probleme. An der Diagnose, dass die Schwierigkeiten der EWU im Kern hausgemacht, d.h. auf das über lange Jahre praktizierte Fehlverhalten der einzelnen Länder zurückzuführen sind, ändert sich dadurch nichts.

Die Krise als Katalysator

Wo stehen wir heute? Zweifelsohne hat die Krise als Katalysator gewirkt, Sparmaßnahmen und Reformen ausgelöst, die seit langem überfällig waren. Aber in vielen Ländern hat die Politik nach Beginn der Krise noch Jahre verstreichen lassen, bevor weitreichende Reformen eingeleitet wurden. Hatte man nicht längst gewusst, dass die starren Regulierungen des Arbeitsmarktes, die etwa in Spanien bis auf die Zeit der Franco-Diktatur zurückgingen, dringend beseitigt werden mussten? Erst als die Krise die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien über die 50%-Marke getrieben hat, erreichte die Erschütterung europaweit die Schmerzgrenze. Aber liegt nicht der Skandal bereits darin, dass die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen schon seit Jahrzehnten fast durchweg im Bereich von 25 bis 30% lag? Für andere Länder fällt die Diagnose nur wenig besser aus. Kurzfristig können neue Initiativen auf diesem Gebiet allenfalls etwas Erleichterung bringen. Solange unverändert starre Arbeitsmarktregulierungen und Mindestlöhne – wie in Frankreich – die Aussichten auf Beschäftigung beschränken, kann eine einschneidende Verbesserung nicht gelingen. »Europa« schaut nach wie vor zu, wie Gewerkschaften die Interessen der Arbeitsplatzbesitzer gegen die jungen Neuankömmlinge »verteidigen«. Mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit verringern sich deren Chancen auf angemessene Beschäftigung immer mehr. Die Spuren einer verlorenen Generation werden sich in 20 bis 30 Jahren geradezu dramatisch auch in den Alterssicherungssystemen zeigen.

In der gesamtwirtschaftlichen Anpassung wurden erhebliche Fortschritte erzielt. Das gilt für den Defizitabbau im öffentlichen Haushalt in den Krisenländern wie in der Korrektur ihrer Wettbewerbssituation. Noch wäre es aber verfrüht, von nachhaltigem Erfolg zu sprechen. Wie lange aber werden Regierungen dem Druck standhalten, den Reformkurs weiter zu verfolgen? Wie lange wird die Gesellschaft die Spannungen aushalten, die sich aus tiefen Einschnitten in den sozialen Status allenthalben ergeben? Je weniger Reformen als Notwendigkeit im eigenen Interesse des Landes und je mehr sie als Diktat von »Brüssel« – oder am Ende gar von Deutschland – verkündet und empfunden werden, desto weniger ist damit zu rechnen, dass ein auf Stabilität gerichteter Kurs durchgehalten werden kann. Das Jahr 2013 könnte erste Erfolge vermelden, das Licht am Ende des Tun-

nels zeigen mit der Botschaft: Reformen sind nicht nur schmerzlich, sie führen auch in eine bessere Zukunft.

Auch wenn die Warnung vorzeitig erscheinen mag – nach dem Erfolg gilt es dann der Versuchung zu widerstehen, in den alten Schlendrian zu verfallen, sonst ist es nur eine Frage der Zeit, bis die nächste Krise eintritt. Bei allem Mitgefühl und Verständnis für die Not, die über die Bevölkerung in einigen Ländern hereingebrochen ist, muss man daran erinnern, dass die Wähler sich in der Vergangenheit für eben die Parteien entschieden haben, die mit unverantwortlichen Wahlversprechen und anschließender Regierungspolitik ihr Land in die Krise geführt haben. Ohne diese Einsicht fällt es schwer, darauf zu hoffen, dass sich solche Vorgänge in der Zukunft nicht wiederholen.

Peripherie und Kern

Im Augenblick stehen die Krisenländer in der sog. Peripherie im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Maßnahmen zur »Rettung« dieser Länder, d.h. die Bemühungen, sie in der Währungsunion zu halten, haben dazu geführt, dass ein zentraler Pfeiler, nämlich der Ausschluss der Haftung der Staaten untereinander (das No-bail-out-Prinzip), de facto aus dem Vertragswerk herausgebrochen wurde.

Die Zukunft der Währungsunion wird jedoch in erster Linie in Frankreich und Italien entschieden. Und kaum ein Beobachter zweifelt daran, dass es in beiden Ländern erhebliche strukturelle Probleme und politische Versäumnisse gibt. Ohne durchgreifende Reformen werden dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit und Stagnation immer mehr zum wahrscheinlichsten Szenario. So sehr etwa der Stolz in Italien verständlich ist, kürzlich aus dem Defizitverfahren ausgeschieden zu sein, so wenig ist damit ein Ende der fiskalpolitischen Schwierigkeiten verbunden. Darauf weisen allein schon die Anhebung der Steuerlast, vor allem aber ein Schuldenstand von 127% (des Bruttoinlandsprodukts) hin. Und die Entscheidung der Europäischen Kommission, Frankreich weitere Jahre zur Reduzierung des Defizits zu gewähren, kommt einer Kapitulation vor der verfehlten Politik des zweitgrößten Landes gleich. Wie kann man erwarten, dass ein inzwischen ausgeklügeltes Verfahren zur Überwachung des wirtschaftspolitischen Verhaltens der Mitgliedstaaten erfolgreich sein kann, wenn die Missachtung zentraler Regeln bereits unrühmlicher Alltag geworden ist? Die Kommission hatte die Aufweichung der Fiskalziele mit zusätzlichen Reformanstrengungen Frankreichs begründet. Dies hat der französische Präsident dann umgehend und brüsk als inakzeptable »Einmischung« zurückgewiesen.

Die Erfahrung der letzten Jahre legt den Schluss nahe, dass mit grundlegenden Reformen – nimmt man die Länder aus,

die unter der Kuratel der Programme stehen – nur unter dem Druck der Finanzmärkte zu rechnen ist.

Alle möglichen Gipfel, Konferenzen und immer neue Pakte und Überwachungsmechanismen auf europäischer Ebene gleichen immer mehr potemkinschen Veranstaltungen. Da werden allenfalls bescheiden zu nennende Maßnahmen wie in Italien und Frankreich in den Rang grundlegender Reformen des Arbeitsmarktes erhoben, obgleich die Reaktion objektiver Beobachter und der betroffenen Unternehmen keinen Zweifel an der Dürftigkeit der einzelnen Schritte aufkommen lässt.

Es gleicht einem Notruf, wenn der Gouverneur der Banque de France kürzlich darauf verwiesen hat, dass höheres Wachstum und niedrigere Arbeitslosigkeit dauerhaft nicht über immer höhere öffentliche Ausgaben zu erreichen sind. Frankreich steht heute schon an der Spitze der Länder mit staatlichen Ausgaben für die Beschäftigung, und weist gleichzeitig hohe und steigende Arbeitslosigkeit auf. Die Erfolglosigkeit dieser Politik zeigt sich nicht zuletzt auch in der skandalös hohen Jugendarbeitslosigkeit. Belegt nicht allein schon eine Staatsausgabenquote von 55% des Sozialprodukts die Notwendigkeit eines radikalen Kurswechsels?

Die Rolle der Kommission

Mag man die »Höflichkeit« der Regierungen zueinander zwar nicht billigen, aber noch halbwegs verstehen, so kann dies nicht für die Europäische Kommission gelten. Allein schon die Tatsache, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes inzwischen wohl über 70 Mal gebrochen wurden und neue Verstöße nicht einmal mehr eine Fußnote wert sind, spricht Bände. Wenn man die Kommission mit dem Einwand verteidigt, dass sie gegen den geballten Willen der Mitgliedstaaten machtlos ist, dann muss man aber auch von der Vorstellung Abschied nehmen, als könnte diese Institution als unabhängige Instanz das Verhalten der Mitgliedstaaten erfolgreich überwachen und kontrollieren.

Mit der Forderung im Juni letzten Jahres, die Europäische Zentralbank solle zum Januar 2013 die Aufsicht über die Banken – es war zunächst von allen, also rund 6 000 Banken die Rede – übernehmen, hat die Kommission ihr Ansehen erneut schwer beschädigt. Dies liegt nicht nur an dem für ein so komplexes Unterfangen absurd kurzen Zeitraum, sondern auch an der dahinter stehenden Absicht, nämlich die direkte Rekapitalisierung schwacher spanischer, zypriotischer oder irischer Banken durch den ESM zu ermöglichen.

Risiken der Bankenunion

Am Projekt der europäischen Bankenunion lässt sich demonstrieren, an welcher entscheidenden Schwelle die EWU

steht. Es gibt überzeugende Gründe für eine einheitliche Bankenaufsicht sowie gemeinsame Regeln für Bankabwicklungen und Einlagensicherung. Von den drei Elementen ist die Bankenaufsicht geklärt. Allen Einwänden zum Trotz, Gefahr der weiteren Politisierung der Notenbank und Konflikten mit der Geldpolitik, wurde die EZB mit dieser Aufgabe betraut. In der Frage, wie ein Abwicklungsfonds und die Einlagensicherung geregelt werden sollen, offenbaren sich Probleme, die den Kern der Souveränität von Staaten betreffen. Zwar liegt die Idee nahe, dass etwaige finanzielle Mittel bei der Abwicklung bzw. Rettung aus einem von den Banken finanzierten Fonds kommen sollen. Doch wird es viele Jahre dauern, bis hier erhebliche Mittel angesammelt sein werden, und im Falle des Konkurses großer Institute wird das Geld wohl nie reichen. Als Konsequenz sind der bzw. die betroffenen Staaten, also der Steuerzahler gefragt. Wie soll über die Finanzierungsverpflichtungen entschieden werden? Auf europäischer Ebene, also über die fiskalische Souveränität der einzelnen Länder hinweg?

Bei der Einlagensicherung spricht vieles dafür, einheitliche Standards, also etwa die Summe, bis zu der Einlagen zu sichern sind, festzulegen. Die allgemeine Absicht geht aber vor allem dahin, die bestehenden Fonds zur Einlagensicherung für die Rettung auf europäischer Ebene zu poolen. Kann man sich vorstellen, dass das Geld deutscher Sparer (de facto) für die Rettung der Einlagen von Banken in anderen Staaten eingefordert wird, die durch verantwortungsloses Geschäftsgebaren in Schwierigkeiten geraten sind? Kann eine deutsche Regierung einer solchen Entscheidung zustimmen?

Eurobonds?

Mit einem anderen Projekt, der Ausgabe sog. Eurobonds würde die Grenze der fiskalischen Souveränität noch deutlicher überschritten. Allen Varianten von Eurobonds ist eines gemeinsam, nämlich das Prinzip, dass für die von einzelnen Staaten ausgegebenen Papiere alle Staaten gemeinsam haften. Das hätte zur Folge, dass die Zinsen in hoch verschuldeten Ländern sinken. Auch das wäre übrigens ein zweifelhafter Gewinn, da er die Illusion erweckt, man könne sich ohne eigene Anstrengungen günstiger Zinsen erfreuen, nicht gerade ein Anreiz, einen Kurs solider Finanzpolitik zu verfolgen. In den bisher stabilen Ländern würden die Zinsen als Folge der Haftung für andere steigen. Höhere Steuern bzw. niedrigere staatliche Ausgaben wären die Konsequenz. Mit anderen Worten: Hier erfolgte ein Transfer von Geld der Steuerzahler ohne demokratische Kontrolle. Die Entscheidungen über Steuern und Abgaben hat in einer Demokratie das Parlament zu treffen. Es muss sich dafür am Ende dem Votum der Bürger bei den anstehenden Wahlen stellen. Die Ausschaltung des Parlaments käme einem mas-

siven Verstoß gegen ein fundamentales Prinzip der Demokratie gleich.

Die große Lösung: Politische Union?

Will man diesen Prozess demokratischer Legitimierung auf die europäische Ebene verlagern, bedarf es dazu des kompletten institutionellen Rahmens, mit Regierung und Parlament, bestätigt in Wahlen nach den Grundregeln der Demokratie. Nun ist die Politische Union genau die Vorstellung bzw. Verheißung, mit der die weitere Vergemeinschaftung auf vielen Gebieten, nicht zuletzt dem der öffentlichen Finanzen, propagiert wird.

Was von einer Politischen Union in Europa zu halten ist, lässt sich nicht im Vorbeigehen klären. Bedenkt man allein den notwendigen Prozess der Verfassungsänderungen verbunden mit Referenden etc., dann ist klar, dass die Politische Union nur ein Projekt der fernerer Zukunft sein kann. Einem Verzicht auf fiskalische Souveränität im Vorgriff auf eine spätere politische Vereinigung mangelt es an demokratischer Legitimierung. Damit sind dem weiteren institutionellen Ausbau der EWU klare Grenzen gesetzt. Sie zu überschreiten, hieße Grundprinzipien der Demokratie zu verletzen. Dem »europäischen« Zugriff auf das Geld der Steuerzahler heute steht die vage Aussicht auf eine Politische Union morgen gegenüber.

Aber genau dies scheinen all diejenigen im Sinn zu haben, die ausgerechnet jetzt für ein »Mehr Europa« plädieren. Kann man es noch »Mut« nennen, im Vorgriff zwischenstaatliche Transfermechanismen einzurichten, die nur im Kontext einer voll entwickelten Politischen Union ihre demokratische Legitimierung erhalten können? Was wären die Konsequenzen, wenn dieser Abschluss gar nicht erreicht wird, jedenfalls nicht in überschaubarer Zukunft? Ist denn der ein schlechterer Europäer – ein mut- und einfallloser Bedenkenräger – der vor dem damit verbundenen Risiko warnt? Hat uns nicht allzu großer »Mut« erst in die Krise geführt? Sollte man nicht eher in den Kategorien von »Gesinnungseuropäer« versus »Verantwortungseuropäer« argumentieren?

Bedingungen stabilen Geldes

Spätestens mit dem Ausbruch der Krise offenbarte sich ein tiefes Unverständnis über die Konsequenzen des gemeinsamen Geldes und der einheitlichen Geldpolitik. Eine stabile Währung, ein Euro so stabil wie die DM, das war der eindeutige Wunsch in allen Ländern, die der Währungsunion beitraten. Die damit verbundenen Konsequenzen und Verpflichtungen hat man aber über Jahre verdrängt, obwohl sie allen bekannt sein mussten. Entsprechend verhielten sich

viele Länder, als lebten sie noch im Regime einer eigenen, nationalen Währung. Einer Währung, die man von Zeit zu Zeit abwerten kann, um die Folgen des über die Verhältnisse Lebens quasi mit einem Streich auszugleichen. Diese Möglichkeit besteht nicht mehr. Gegen die unerbittlichen Konsequenzen dieser Tatsache wehren sich bis heute Politiker und Bürger, nicht nur in den Krisenländern. Mehr und mehr wird das mit dem Beitritt zum Euro verbundene Regime nicht mehr als Ausdruck eines von allen gewünschten institutionellen Arrangements und in eigener Entscheidung eingegangener Verpflichtungen empfunden, sondern als von Deutschland aufgezwungenes Diktat. Die Zurückhaltung, auf der strikten Einhaltung der Regeln zu bestehen, hat nicht dazu beigetragen, dieser fehlgeleiteten Vorstellung Einhalt zu gebieten. Das gilt im Übrigen auch für die finanzielle Unterstützung. Wer verzeiht schon dem Helfer, dass man sich von ihm retten lassen musste?

So kam, was nach fünf Jahren Krisenmanagement wohl kommen musste: Der Widerstand gegen notwendige Reformen, die aus den Bedingungen einer stabilen Währung und einer einheitlichen, auf Preisstabilität gerichteten Geldpolitik folgen, wird zunehmend nicht als Konflikt mit aus eigenem Antrieb eingegangenen Verpflichtungen, sondern als Auflehnung gegen obsessive teutonische Stabilitätsvorstellungen oder gar den Anspruch deutscher Hegemonie empfunden. Ob der Ausbruch von Ressentiments, die lange in die Vergangenheit zurückreichen, auch unter den Bedingungen einer weiterhin durch die Bundesbank beherrschten Geldpolitik und wiederholten Abwertungen nationaler Währungen erfolgt wäre, sei dahingestellt. Jedenfalls wirkt der Euro mehr und mehr nicht – wie hoffnungsvoll erwartet – als identitätsstiftende Kraft, sondern eher als Spaltpilz.

Austritt Deutschlands?

Wer daraus den Schluss zieht, dass es besser wäre, wenn Deutschland möglichst bald den Euro verlassen würde, begeht einen folgenschweren Irrtum. Von unseren Nachbarn würde dies überwiegend als ein Schritt empfunden, mit dem Deutschland eine Gemeinschaft aufkündigt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges dem Land politisch die Wiederkehr »nach Europa« und den wirtschaftlichen Aufstieg entscheidend ermöglicht hat. So sehr etwa das Versagen Frankreichs und Italiens, mit den Anforderungen einer Gemeinschaft stabilen Geldes an die nationale Politik Schritt zu halten, den – milde ausgedrückt – Unwillen gegen deutsche wirtschaftliche Überlegenheit erzeugt, so wenig wäre ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion eine geeignete Alternative. Daran ändert auch das als Skandal zu bezeichnende Schweigen der europäischen Institutionen gegenüber Schmähungen deutscher Politiker nichts Grundsätzliches. Im Übrigen erscheint es fast unmöglich, die rein ökonomischen Folgen eines Austritts oder gar Zusammen-

bruchs des Euro auch nur einigermaßen verlässlich abzuschätzen.

Dieses Eingeständnis eröffnet allerdings gleichzeitig immenses Potenzial zur Erpressung weiterer Hilfen und Aufweichen bestehender Verpflichtungen. Es wäre jedoch eine Illusion zu meinen, man könne dem durch »Entgegenkommen« bei grundsätzlichen Fragen, etwa der Ausgabe von Eurobonds oder gemeinsamer Schuldentilgungsfonds, entgegen. Das Verlangen für weitere Zugeständnisse würde damit nur weiter genährt. Im Gegenzuge müsste die Unterstützung dieses Kurses durch die deutsche Bevölkerung umso mehr leiden, als die Konsequenzen für den Steuerzahler und letztlich den Wohlstand in diesem Lande immer offenkundiger würden.

Quo vadis EWU?

Wohin steuert die EWU? Nach den bisherigen Erfahrungen und politischen Willensbekundungen ist damit zu rechnen, dass die Politik weiter alles unternehmen wird, um die Zusammensetzung in der jetzigen Form zu gewährleisten. Ein Ausscheiden eines Landes kann man sich deshalb wohl nur bei extremen politischen Verhältnissen und dem erklärten Widerstand gegen fundamentale Verpflichtungen vorstellen. Die Konsequenzen der Politik des »weiter so« liegen jedoch auf der Hand: Fiskalpolitik in vielen Ländern an der Obergrenze des gerade noch Finanzierbaren, zunehmender Druck auf eine laxere Geldpolitik sowie Bedrohung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und immer stärkere Forderungen nach Vergemeinschaftung, d.h. Umverteilung der Schulden. Der eingeschränkte Wille zu weiteren Reformen und der Fortsetzung begonnener wird sich in mäßigem Wachstum und anhaltend hoher Arbeitslosigkeit äußern. Das ist sicher nicht die Politik, mit der Europa seine Rolle in der Welt behaupten oder gar steigern kann. Es führt nun einmal kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass nicht weitere Zentralisierung, nicht Koordinierung der Wirtschaftspolitik, sondern Initiativen und Reformen auf der nationalen Ebene eine bessere wirtschaftliche Zukunft und damit verbunden auch höheres Ansehen und mehr Einfluss in der globalisierten Welt bewirken können.

Eine wachstumsfreundliche Politik, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Steuern, die Vollendung des Binnenmarktes und weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, wirksame Bekämpfung von Korruption und schlechter Verwaltung sind die Wegweiser für den Erfolg. In einem solchen Umfeld wächst auch die Chance, dass vertragliche Vereinbarungen wieder ernst genommen und schließlich eingehalten werden wie umgekehrt Vertragstreue eine Vorbedingung für gedeihliches Wirtschaften ist. In diesem Kontext verdient auch das vielbeschworene Prinzip der Solidarität seine Berechtigung, als Hilfe im Falle unverschuldeter Not. Solidari-

tät kann nur einfordern, wer selbst eigenverantwortlich handelt. Es führt kein Weg daran vorbei: Am Ende des Krisenmanagements und Hilfen aller Art muss die Rückkehr zum No-bail-out-Prinzip stehen: Jedes Land ist letztlich für die Folgen seiner Politik selbstverantwortlich.

An Klagen über den Verlust an Vertrauen besteht kein Mangel, wohl aber an Ideen, wie Vertrauen wieder zurückgewonnen werden kann. Dazu bedarf es vieler Schritte. Aber ohne Respekt vor abgeschlossenen Verträgen und eingegangenen Verpflichtungen ist jeder Versuch von vornherein zum Scheitern verurteilt.